

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

04. - 10. April 2026

Emmanuel Macron bezeichnete die Ankündigung eines Waffenstillstands im Iran als „sehr gute Sache“. Der französische Präsident forderte, dass dieser in den kommenden Tagen und Wochen vollständig eingehalten wird, um Verhandlungen mit Teheran über wichtige Sicherheitsfragen zu ermöglichen – insbesondere in Bezug auf das iranische Atom- und Raketenprogramm sowie regionale Konflikte. Macron betonte, dass die Lösung dieser Probleme dauerhaft und stabil sein müsse, was Frankreich bereits seit 2018 fordere. Zudem drückte er den Wunsch aus, dass der Waffenstillstand den Libanon „vollständig“ einbezieht, um langfristige Stabilität in der gesamten Region zu gewährleisten.

Nach der Ankündigung eines Waffenstillstands im Iran hat Premierminister Sébastien Lecornu am 8. April gefordert, dass die Kraftstoffpreise an den Tankstellen bis „Ende des Wochenendes“ oder „Anfang der nächsten Woche“ sinken. Er betonte, dass die Preise zu Beginn der Krise schnell gestiegen seien, obwohl die Vorräte bereits vor dem Krieg eingekauft worden waren. Laut Regierungssprecherin und Energieministerin Maud Bregeon waren nach dem Osterwochenende rund 18 % der Tankstellen zeitweise von Engpässen bei mindestens einer Kraftstoffsorte betroffen. Auf den Märkten zeigt sich jedoch Entspannung: Der europäische Gaspreis fiel um etwa 20 %, und auch der Ölpreis sank wieder unter 100 Dollar pro Barrel. Laut Olivier Gantois, Präsident des französischen Ölundustrieverbands (UFIP), könnte das eine Senkung der Spritpreise um etwa 5 bis 10 Cent pro Liter ermöglichen. Um die Situation zu stabilisieren, kündigte Lecornu zudem „regulatorische Maßnahmen“ an, mit denen Transporte erleichtert und Lieferengpässe an Tankstellen behoben werden sollen. Außerdem will die Regierung weiterhin gezielte Hilfen für besonders betroffene Branchen wie Landwirtschaft, Fischerei und den Transportsektor bereitstellen. Eine Sondersteuer auf Gewinne von Energieunternehmen schloss Lecornu nicht grundsätzlich aus, machte aber deutlich, dass die konkrete Umsetzung noch offen ist.

Der Generalstabschef der französischen Armee, Fabien Mandon, erklärte am 8. April vor der Verteidigungskommission der Nationalversammlung, dass die „Permanenz der russischen Bedrohung“ sowie die Möglichkeit eines „offenen Krieges“ mit Russland seine größte Sorge bei der Vorbereitung der französischen Armee darstellen. Mandon wies darauf hin, dass die Gefahr eines „Schocks“ in drei bis vier Jahren weiterhin bestehe. Diese Bedrohung müsse mit einer verstärkten militärischen Planung und einem erhöhten Verteidigungsbudget bis 2030 adressiert werden. Mandon führte aus, dass die russischen Streitkräfte im Jahr 2025 rund 1,3 Millionen Soldaten umfassen würden und bis 2030 auf 1,9 Millionen ansteigen sollen. Auch die Zahl der russischen Kampfpanzer soll demnach von 4.000 im Jahr 2025 auf 7.000 bis 2030 steigen, während die Anzahl der Kriegsschiffe mit 230 bis 240 relativ stabil bleiben könnte. Der General forderte dringend Investitionen in die Verteidigung, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten. Der aktuelle Entwurf für das Verteidigungsbudget sieht zusätzlich 36 Milliarden Euro vor, um die militärischen Kapazitäten zu stärken und auf globale Bedrohungen wie Terrorismus und regionale Konflikte zu reagieren. Mandon hob zudem hervor, dass die USA in Zukunft möglicherweise nicht mehr dieselbe Sicherheitsgarantie bieten könnten. Dies unterstreiche die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Verteidigung.

Vom 5. bis 7. April fand in Lyon im Rahmen der französischen G7-Präsidentschaft der internationale „One Health“-Gipfel statt. Er wurde von Emmanuel Macron initiiert. Ziel des Gipfels war es, konkrete Lösungen für die globale Gesundheit zu entwickeln, indem menschliche, tierische und ökologische Gesundheitsfragen miteinander verknüpft wurden. Höhepunkt des Treffens war der Dienstag, an dem Delegationen aus über 50 Ländern – darunter fünf Staatsoberhäupter – sowie Wissenschaftler, NGOs und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammenkamen, um Themen wie Umweltverschmutzung, Zoonosen, und antibiotische Resistenzen zu diskutieren. Das Ziel bestand darin, öffentliche Gesundheitspolitiken zu fördern, die miteinander verknüpft sind, um Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Landwirtschaft und der Verschmutzung zu verhindern. Der Gipfel diente als Aktionsplattform, um internationale Verpflichtungen zur Bewältigung zukünftiger Gesundheitskrisen zu formulieren. Auch die deutsche Gesundheitsministerin Nin Warken (CDU) war anwesend.

Am 8. April hat die Nationalversammlung in erster Lesung einen überarbeiteten Gesetzesentwurf verabschiedet, der das Elsass aus der Region Grand Est herauslösen soll. Ziel des Gesetzes ist die Schaffung einer elsässischen Gebietskörperschaft mit besonderem Status, die die Kompetenzen der Départements und der Regionen umfasst. Die Inkraftsetzung der neuen Struktur ist für die Regionalwahlen im März 2028 geplant. Der Entwurf wurde mit 131 zu 100 Stimmen angenommen. Dieses von der macronistischen *Ensemble*-Fraktion unterstützte Gesetz kommt zehn Jahre nach der Fusion der Regionen unter Präsident François Hollande. Der Entwurf wurde vom Rassemblement National und der UDR von Éric Ciotti unterstützt. Die Linken stimmten dagegen, während das Regierungslager gespalten ist. Ein von den Grünen

unterstützter Änderungsantrag sieht ein lokales Referendum vor, um die Reform trotz Bedenken hinsichtlich ihrer Verfassungsmäßigkeit zu bestätigen. Der Entwurf sorgt innerhalb der politischen Klasse für Widerstand: Einige kritisieren ihn als schlecht durchdacht und ohne genaue Kostenanalyse, während andere ihn als „Heilung einer Wunde“ betrachten, die durch die regionale Reform von 2015 verursacht wurde. Der Gesetzesentwurf könnte sich noch weiter verändern, bevor er im Senat behandelt wird.

Der französische Arbeitsminister Jean-Pierre Farandou hat einen Plan vorgestellt, um die durch die erhebliche Zunahme von Krankmeldungen entstehenden Kosten für die Sozialversicherung von jährlich 18 Milliarden Euro zu bremsen und die Zahl der Krankmeldungen, die mittlerweile neun Millionen pro Jahr überschreiten, zu reduzieren. Ein zentraler Bestandteil des Plans ist die Einführung eines „Alarmknopfs“ mit welchem Arbeitgeber im Verdachtsfall die gesetzliche Krankenversicherung zur Kontrolle hinzuziehen können, wenn Arbeitnehmer ihrer Meinung nach fragwürdig abwesend sind. Farandou betonte, dass die überwiegende Mehrheit der Krankmeldungen legitim sei, in einigen Fällen jedoch Unregelmäßigkeiten aufgrund widersprüchlicher medizinischer Gutachten auftreten könnten. Mit einem Präventionskit, das ab dieser Woche auf der Website des Arbeitsministeriums verfügbar ist, soll Unternehmen zusätzlich dabei geholfen werden, Risiken im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen zu verringern. Schließlich wurde auch die Frage der Karenztage angesprochen, bei denen mögliche Anpassungen in Betracht gezogen werden.

Die französische Regierung zeigt sich offen für einen Gesetzesvorschlag, der es Arbeitnehmern ermöglichen würde, am 1. Mai zu arbeiten. Der 1. Mai ist in Frankreich der einzige gesetzlich verpflichtende arbeitsfreie Feiertag. Der von der Partei *Les Républicains* eingebrachte und von Ex-Premierminister Gabriel Attal unterstützte Vorschlag wird am 10. April in der Nationalversammlung diskutiert. Der Entwurf sieht vor, dass Arbeitnehmer mit schriftlicher Zustimmung arbeiten dürfen. Zudem beruht er auf der Idee der Freiwilligkeit: wer sich dagegen entscheidet zu arbeiten, darf weder benachteiligt noch entlassen werden. Betroffen wären unter anderem Bäckereien, Blumenläden, Lebensmittelgeschäfte, Gastronomiebetriebe und Kinos.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die beiden französischen Geiseln **Cécile Kohler** und **Jacques Paris** kehrten am 8. April 2026 nach vierjähriger Haft im Iran wegen Spionagevorwürfen zugunsten Israels nach Frankreich zurück. Beide wurden nach ihrer Freilassung über Aserbaidshan nach Paris gebracht, wo sie von Präsident Emmanuel Macron im Élysée-Palast empfangen wurden. In einer Erklärung dankte Cécile Kohler ihrer Familie sowie den französischen Behörden. Sie berichtete von den „täglichen Schrecken“ und dem „permanenten Unrecht“, das ihr im Gefängnis widerfahren sei. Auch Jacques Paris sprach von „inhumanen Haftbedingungen“. Kurz nachdem sie im Oktober 2025 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, wurden sie im November 2025 unter Hausarrest gestellt, den sie in der französischen Botschaft im Iran absitzen mussten. Ihre endgültige Freilassung ist das Ergebnis jahrelanger diplomatischer Bemühungen, insbesondere unter Vermittlung des Omans. Bei ihrer Ankunft erhielten sie ein offizielles Schreiben des Außenministeriums, das ihre Erlebnisse festhält. Dieses Dokument ist wichtig, weil es sie als „Geisel“, „willkürlich Inhaftierte“ oder „Entführungsoffer“ einstuft. Davon hängt ab, welche Unterstützung und Entschädigung sie bekommen.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1

10 Jahre

Die Präsidentenpartei Renaissance feierte am 6. April ihr **zehnjähriges** Bestehen. Statt einer großen Feier schrieb Emmanuel Macron einen Brief an die Mitglieder, in dem er die erzielten Fortschritte hervorhob – etwa Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosigkeit und Fortschritte beim Klimaschutz. Die Feierlichkeiten blieben auf kleinere lokale Veranstaltungen beschränkt. Ein Grund für die zurückhaltende Stimmung könnte die angespannte Beziehung zwischen Macron und seinem ehemaligen Premierminister Gabriel Attal sein, der heute an der Spitze von Renaissance steht. Attal richtet seinen Blick bereits auf die Präsidentschaftswahlen 2027 und zeigt wenig Interesse an einer großen Jubiläumsfeier. Stattdessen treibt er seine eigene Agenda voran: Am 30. Mai plant er eine große Veranstaltung in Paris, bei der er seine Unterstützer versammelt. Außerdem will er am 23. April ein Buch veröffentlichen. Parallel organisiert Renaissance mehrere öffentliche Treffen unter dem Titel „Nuits de la Nouvelle République“ – am 28. April in Lyon, am 5. Mai in Bordeaux und am 20. Mai in Straßburg. Zugleich wird die Bilanz von Macrons Präsidentschaft zunehmend kritisch gesehen – vor allem im Hinblick auf seine ursprüngliche Vision von Erneuerung und sein Versprechen, politische Extreme zu überwinden.